

PARLAMENTSTICKER

AUS DEM LANDTAG | 7. DEZEMBER 2017



BÜRGERSCHAFT STIMMT FÜR GLYPHOSAT-VERBOT

Das Unkrautvernichtungsmittel Glyphosat soll in Deutschland verboten werden. Einen entsprechenden Antrag, den die rot-grüne Koalition gemeinsam mit der Linken eingebracht hatte, hat die Bürgerschaft heute beschlossen. Auch auf Landesebene soll auf den Einsatz des Herbizids verzichtet werden, und konkret soll auch die BSAG das Mittel nicht mehr nutzen. Der umweltpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Jens Crueger, plädierte in einer Aktuellen Stunde für eine wissenschaftlich fundierte Debatte.

Es war flankiert von einem Eklat, als am 27. November im zuständigen EU-Ausschuss die Zulassung für glyphosathaltige Herbizide um fünf Jahre verlängert wurde. Deutschland hatte dafür gestimmt, und dies war entscheidend für das Votum. Allerdings war diese Zustimmung ein Alleingang von Landwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU), Einigkeit innerhalb der geschäftsführenden Bundesregierung gab es nicht.

Glyphosat ist deshalb umstritten, weil einige Studien zu dem Ergebnis kamen, dass es krebserregend sein könnte. Andere



Jens Crueger

Bewertungen kommen zu einem anderen Ergebnis. SPD-Umweltpolitiker Jens Crueger warnte dann in seiner Rede auch vor Alarmismus. „Wir müssen aufpassen, dass am Beispiel Glyphosat keine Hysterie um ein

mögliches Krebsrisiko ausbricht“, sagte er, „und wir tun gut daran, die Debatte auf der Basis naturwissenschaftlicher Erkenntnisse zu führen.“

Crueger plädierte allerdings dafür, die auch nach der Verlängerung der Glyphosat-Zulassung bestehende Möglichkeit zu einem nationalen Verbot zu nutzen. Der französische Präsident Emmanuel Macron habe angekündigt, diese Option nutzen zu wollen, sagte Crueger. „Und ich finde, wir sollten diesem Beispiel folgen.“

Im heute von der Bürgerschaft beschlossenen Antrag wird der Senat dann auch aufgefordert, sich auf Bundesebene für ein solches Verbot einzusetzen. Zudem soll er sich für ein bundesweites Insektenmonitoring stark machen. Dadurch soll möglichen Ursachen für das Insektensterben nachgegangen und die Entwicklung genauer beobachtet werden. „Dieses Thema müssen wir ernst nehmen“, betonte Crueger, „es hat aber mit einem Unkrautvernichtungsmittel erst einmal nichts zu tun. Umso wichtiger ist es, dass wir der

Tatsache, dass es immer weniger Insekten gibt, mit wissenschaftlichen Methoden auf den Grund gehen.“

Auch in Bremen soll sich etwas ändern. Die Bremer Straßenbahn AG soll künftig auf den Einsatz von Glyphosat verzichten, lautet eine Forderung im Antrag. Eine andere will erreichen, dass alle landesrechtlichen Möglichkeiten genutzt werden, um den Einsatz von Glyphosat auf sogenanntem Nichtkulturland zu unterbinden. Dabei handelt es sich um Flächen, die nicht land- oder forstwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzt werden. Auf ihnen muss der Einsatz von Herbiziden genehmigt werden. „Natürlich müssen wir den Einsatz von Glyphosat global diskutieren, denn wenn wir es für gefährlich halten, sollte es auch anderswo nicht eingesetzt werden“, sagte Crueger. „Hier folgt der Antrag aber der Maßgabe: Global denken, lokal handeln!“

> **Antrag: Nationaler Ausstieg aus der Glyphosat-Anwendung**
<http://tiny.cc/glyphosat-verbot>



ANTRAG BREMEN FÜR EINE WELT OHNE ATOMWAFFEN!

Anlässlich der Verleihung des Friedensnobelpreises an die Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN), hat sich die Bremische Bürgerschaft heute auf Initiative der SPD-Fraktion für eine atomwaffenfreie Welt ausgesprochen. Antje Grotheer, sozialdemokratische Sprecherin für Bundes- und Europaangelegenheiten, machte während der zugehörigen Parlamentsdebatte deutlich, dass sie eine Unterzeichnung des aktuellen UN-Atomwaffenverbotsvertrages durch Deutschland für geboten hält.

Der Friedensnobelpreis geht mit der Internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN) im Jahr 2017 an eine Organisation, die sich seit gut einem Jahrzehnt für das Verbot von Atomwaffen einsetzt und dabei auf deren katastrophalen humanitären Konsequenzen aufmerksam macht. Hinter ICAN steht dabei ein Bündnis internationaler Nichtregierungsorganisationen, das bei seiner Arbeit auf ein breites Netzwerk von Partnern – von Gewerkschaften über religiöse und humanitäre Institutionen bis hin zu Umweltschutzorganisationen – zurückgreifen kann.



Antje Grotheer

„Mit ihrer Arbeit hat ICAN maßgeblich zum Entstehen des aktuellen UN-Atomwaffenverbotsvertrages beigetragen und erhält verdienstermaßen diese prestigeträchtige Auszeichnung“, würdigte Grotheer die Arbeit der Organisation und machte dabei deutlich: „Wir teilen mit ICAN das gemeinsame Ziel einer Welt ohne Atomwaffen.“

Der Vertrag über das Verbot von Kern-

waffen (UN-Atomwaffenverbotsvertrag), für dessen Zustandekommen ICAN mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wird, wurde von den Vereinten Nationen im Juli 2017 mit 122 Ja-Stimmen verabschiedet. Er verbietet unter anderem die Entwicklung und Produktion, den Test, Erwerb, die Lagerung und den Transport, die Stationierung und den Einsatz von Atomwaffen sowie die Drohung mit ihnen. Auf der UN-Generalversammlung im September 2017 unterzeichneten zunächst 53 Staaten, darunter Österreich, den Vertrag. Weder die Atommächte, noch die NATO-Staaten, mit Ausnahme der Niederlande, nahmen an der Aushandlung und der Abstimmung teil.

„Deutschland hat den UN-Atomwaffenverbotsvertrag bisher ebenso wenig unterzeichnet wie unsere NATO-Partner. Deshalb haben wir den Senat aufgefordert, sich auf Bundesebene für eine deutsche Unterzeichnung und Ratifizierung des UN-Vertrages über das Verbot von Kernwaffen einzusetzen“, so Grotheer abschließend.

> Antrag: Bremen für eine atomwaffenfreie Welt!
<http://tiny.cc/bremenatomwaffenfrei>

GESETZ BREMER MINDESTLOHN PASST SICH IN DER HÖHE AN DEN BUND AN

Der Bremer Landesmindestlohn soll sich in der Höhe künftig automatisch an den gültigen Mindestlohn auf Bundesebene anpassen. Das hat die Bürgerschaft heute endgültig beschlossen.

Hintergrund: Bremen war zwar 2012 das erste Bundesland, das den Mindestlohn einführt, doch andere Länder und der Bund folgten. Nach einer ersten Anpassung liegt der Bremer Mindestlohn inzwischen bei 8,80 Euro. Auf Bundesebene sind es mittlerweile vier Cent mehr. Das heute verabschiedete Gesetz beendet diesen Unterschied. Künftig wird der Bremer Min-

destlohn automatisch an den bundesweit gültigen Lohn angepasst. Ausnahmen auf Bundesebene, wie etwa für Unter-18-Jährige oder Langzeitarbeitslose, die wieder arbeiten, werden in Bremen aber auch weiterhin nicht angewandt. Der Mindestlohn gilt im Land Bremen auch für sie. Mit dieser Änderung solle eine einfachere, unbürokratischere Lösung umgesetzt werden, erklärte die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Sybille Bösch. Sie erinnerte in ihrer Rede auch noch einmal an die Horrorszenerien, die bei der Einführung des Landesmindest-

lohns von Kritikern ausgemalt worden waren – von Arbeitsplatzabbau oder Abwanderung von Firmen ins Umland. „Inzwischen lässt sich festhalten: Keine dieser Vorhersagen ist eingetroffen“, sagte sie. „Die Einführung des Mindestlohns hat ausschließlich positive Effekte nach sich gezogen!“



Sybille Bösch

ANFRAGE PERSPEKTIVEN FÜR JUNGE MÄNNER MIT MIGRATIONSHINTERGRUND

Junge Männer mit Migrationshintergrund machen in ihrem Alltag besonders häufig die Erfahrung von Diskriminierung und Ausgrenzung. Vor diesem Hintergrund wollten die Fraktionen von SPD und Grünen vom Senat wissen: Wie kann Diskriminierung erfasst werden? Welche Erkenntnisse liegen dem Senat über die Benachteiligung junger Männer mit Migrationshintergrund vor? Welche kostenlosen Antidiskriminierungsmaßnahmen in den Bereichen Beratung, Begegnungsorten, Sport und Kultur gibt es? Und stehen Vernetzungsstrukturen zwischen religiösen Vereinen und Jugendeinrichtungen zur Verfügung?

„Unser grundsätzliches Ziel ist Integration von Anfang an“, sagte die integrationspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Valentina Tuchel, heute in der Debatte zur Großen Anfrage der rot-grünen Koalition. „Eine der größten Herausforderungen ist derzeit für alle Bereiche der Anspruch, den Umgang mit Zuwanderung zum Bestandteil eines regelhaften Systems werden zu lassen. Daher ging es in unserer Großen Anfrage auch darum, welche Lösungen Bremen und Bremerhaven bisher verfolgt haben und künftig verfolgen werden.“

Der Senat zählte in seiner Antwort eine Vielzahl von Ansätzen auf. Er gab aber auch an, dass spezifische quantitative Erhebungen über die Diskriminierung junger Männer mit Migrationshintergrund für Bremen und Bremerhaven nicht vorlägen. Bei der Suche nach einem Arbeitsplatz oder einer



Valentina Tuchel

Wohnung sowie in ihrer Freizeit machten junge Männer jedoch nach Erkenntnissen aus der Beratung in Bremen und Bremerhaven Erfahrungen mit Diskriminierung. Der Umfang entsprechende aber etwa dem Bundesschnitt.



Zudem zählte der Senat in seiner Antwort eine Vielzahl von Projekten auf. So gebe es im Bereich der Maßnahmen gegen Diskriminierung etwa Empowermentworkshops privater Träger. Darüber hinaus biete das beim LidiceHaus angesiedelte „soliport“ Menschen, die von rassistisch motivierter Gewalt betroffen seien, Beratung und Hilfe an. Im Bereich Sport hätten sich Qualifizierungsmaßnahmen für Übungsleiter als besonders hilfreich erwiesen. Weiterhin gebe es zahlreiche Beratungs- und Hilfsangebote, die nicht auf spezielle Personengruppen beschränkt seien, sondern allen Jugendlichen bis 27 Jahren offen stünden. Dazu zählten Angebote der offenen aufsuchenden Jugendarbeit, der Jugendverbandsarbeit und der außerschulischen

Jugendbildung. Mit dem Angebot des Senats „connect - Prävention und Integration durch aufsuchende Jugendarbeit mit fluchterfahrenen Jugendlichen“ richte der Träger Vaja e.V. sich zudem insbesondere an junge Männer mit Migrationshintergrund.

In Bremerhaven böten die sechs städtischen Jugendfreizeiteinrichtungen ein niedrigschwelliges Freizeit-, Beratungs- und Bildungsangebot für alle Jugendlichen, führte der Senat in seiner Antwort aus. Außerdem fördere der Senat kulturelle Angebote für alle Bevölkerungsgruppen, die demnach auch für junge Männer mit Migrationshintergrund offen stünden. Ferner engagierten sich Theater, Museen oder die Bremer Philharmoniker für junge Migranten. Der Landessportbund habe darüber hinaus ebenso wie die Bremerhavener Sportjugend verschiedene Projekte aufgelegt. In vielen Sportvereinen könnten die jungen Männer zum Beispiel kostenlos trainieren. In Bremen und Bremerhaven nutzten auch diverse religiös geprägte Organisationen als Mitglied im Bremer bzw. Bremerhavener Jugendring die bestehenden Vernetzungsstrukturen.

> **Große Anfrage: Perspektiven junger Männer mit Migrationshintergrund in Bremen und Bremerhaven**
http://tiny.cc/perspektiven_migranten

ANFRAGE VERPFLICHTET ZU BAUEN? ANWENDUNG DES BAUGEBOTS IN BREMEN

Gemeinden können Eigentümer dazu verpflichten, Grundstücke innerhalb einer bestimmten Frist und gemäß dem geltenden Bebauungsplan zu bebauen. „Auch in Bremen können wir solche Auflagen machen“, erklärte der baupolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Jürgen Pohlmann, heute in der Bürgerschaft. „Deshalb wollen wir zunächst vom Senat wissen, wie viele Bescheide, die ein Baugebot nach § 176 Baugesetzbuch aussprechen, im Land Bremen seit dem Jahr 2011 ausgestellt wurden – und ob der Senat es für erforderlich und sinnvoll hält, dieses Instrument stärker anzuwenden um schneller mehr Wohnraum zu schaffen.“

Für den Senat erklärte Baustaatsrat Jens Deutschendorf in der Fragestunde, dass seit 2011 weder in Bremen noch in Bremerhaven entsprechende Bescheide ausgestellt worden seien. Ein Baugebot erhöhe vor allem den Aufwand aufseiten der Grundstückseigentümer, aber auch aufseiten der Behörde. Insbesondere die Prozessrisiken stünden in keinem Verhältnis zum Nutzen. Aus diesen Gründen, so Deutschendorf, halte der Senat das Baugebot nicht für ein geeignetes Instrument um schneller neuen Wohnraum zu schaffen.

Stattdessen habe es sich bewährt, städtebauliche und wirtschaftliche Ziele in Zusammenarbeit mit den maßgeblichen wirtschaft-

lichen Akteuren und den Baubehörden zu verfolgen.

Auf Nachfrage von Pohlmann sagte Deutschendorf zu, in einer der nächsten Sitzungen der Baudeputation detailliert über die Erfahrungen anderer Kommunen mit dem Baugebot nach § 176 zu berichten.

„Auch wenn der Senat auf unsere Nachfrage hin ein Baugebot als wenig zweckmäßiges Mittel einstuft, wollen wir das Spekulieren mit Grundstücken finanziell unattraktiver machen. Denn für uns als Sozialdemokraten ist klar: Wenn solche Spekulationen dazu führen, dass dringend benötigter bezahlbarer Wohnraum nicht gebaut werden kann, dann müssen wir etwas dagegen unternehmen“, bekräftigte Pohlmann im Anschluss an die Ausführungen des Senats am Rande der Bürgerschaftssitzung.

> **Fragestundenfrage: Anwendung des Baugebots nach § 176 Baugesetzbuch**
<http://tiny.cc/baugebot>



Jürgen Pohlmann